

2018 / Kriege ohne
Ende. Mehr Diplomatie –
weniger Rüstungsexporte /
friedensgutachten

BICC Bonn International Center for Conversion

HSFK Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

IFSH Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

INEF Institut für Entwicklung und Frieden

4

2018 / Wozu Institutionen? Friedens- architektur in der Krise / **INSTITUTIONELLE FRIEDENSSICHERUNG**

- 4.1** ↘ Zahl und Aufgaben internationaler Institutionen haben zugenommen – leider auch ihre Krisenanfälligkeit
- 4.2** ↘ Die europäische Friedensarchitektur unter Druck
- 4.3** ↘ Die europäische Friedensarchitektur muss wiederbelebt werden

↓ EMPFEHLUNGEN

4

106

- 1 Die Europäische Friedensordnung wiederbeleben**
 Deutschland muss helfen, einen gesamteuropäischen Diskurs zu führen, der kurzfristig auf eine Deeskalation der Lage und langfristig darauf zielt, die normativen Grundlagen der Europäischen Friedensordnung zu erneuern. Hierfür bietet sich die OSZE an.
- 2 Auf Sicherheit und Wirtschaft konzentrieren**
 Der Neustart der Europäischen Friedensordnung sollte sich zunächst maßgeblich auf wechselseitige Interessen bei Sicherheit und Wirtschaft konzentrieren. Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte bleiben Grundlage der gesamteuropäischen Ordnung, aber ihre unmittelbare Umsetzung jenseits der EU ist nicht Voraussetzung für Kooperation.
- 3 Europäische Werte als Modell der Anziehung verstehen**
 Um weiter als Vorbild zu wirken, sollte die EU nach innen rechtsstaatliche Defizite unterschiedener angehen, nach außen durch Dialog, Anreize und Nachhaltigkeit für ihre Werte werben.
- 4 Neustart des sicherheitspolitischen Dialogs mit Russland**
 Der NATO-Russland-Rat muss wieder in Vertrauensbildung investieren und neue Formen der Zusammenarbeit suchen. Zugleich müssen Standards wie territoriale Souveränität oder der Verzicht auf Einflussnahme mit subversiven Mitteln eingehalten werden.
- 5 Der Europarat muss seine Standards glaubwürdig durchsetzen**
 Der Europarat muss auf den Erhalt seiner Legitimationsgrundlage achten. Dazu gehört auch, dass bei Regelverletzungen Konsequenzen folgen.
- 6 Krisendiplomatie und -prävention der EU verbessern**
 Die Bundesregierung sollte dafür werben, die EU-Sicherheitspolitik mit Substanz zu füllen. Ziele sind eine selbstbewusstere und gemeinschaftlich abgestimmte Krisendiplomatie und eine kostenbewusstere, arbeitsteilige Rüstungsproduktion und -beschaffung.
- 7 Die Vereinten Nationen stärken**
 Selbst eine gestärkte europäische Friedensarchitektur kann nur regional wirksam sein. Darum muss sich Deutschland für die Stärkung der Vereinten Nationen (UN) einsetzen und die Handlungsfähigkeit anderer regionaler Sicherheitsorganisationen fördern.
- 8 Lücken füllen, um Operativität und Glaubwürdigkeit zu schützen**
 Gerade angesichts der distanzierten UN-Politik der US-Administration von Präsident Trump muss Deutschland im EU-Rahmen dazu beitragen, die Handlungsfähigkeit der UN zu sichern und helfen, entstehende finanzielle und organisatorische Lücken füllen.
- 9 Mögliche Mitgliedschaft im Sicherheitsrat 2019/2020 zur Reform der Friedensarchitektur nutzen**
 Deutschland sollte schon jetzt Initiativen zur Stärkung des Kapitels VIII der UN-Charta anstoßen und sich für die Mitspracherechte regionaler Friedensorganisationen beispielsweise bei den Verhandlungen über Syrien einsetzen.

INSTITUTIONELLE FRIEDENSSICHERUNG / Wozu Institutionen? Friedensarchitektur in der Krise /

Internationale Institutionen tragen zur Friedenssicherung bei und sind zu Recht Kernpfeiler deutscher Außenpolitik. Viele dieser Institutionen, auch die europäischen, sind zuletzt in die Krise geraten. Deutschland kann zur Lösung dieser Krisen beitragen, indem es hilft, einen gesamteuropäischen Diskurs über die Grundlagen der europäischen Friedensordnung anzustoßen.

4.1 ✓ Zahl und Aufgaben internationaler Institutionen haben zugenommen – leider auch ihre Krisenanfälligkeit

Die Sicherung des Friedens durch internationale Institutionen ist das zentrale Merkmal der internationalen Nachkriegsordnung. Diese Ordnung gerät zunehmend unter Druck, sowohl auf globaler Ebene im Rahmen der Vereinten Nationen als auch auf regionaler Ebene. Für die deutsche Politik sind das besorgniserregende Entwicklungen. Gerade mit Blick auf die europäische Friedensordnung sehen wir ein deutsches Engagement besonders in zwei Bereichen geboten: erstens in der Wiederbelebung der Europäischen Friedensarchitektur durch einen Dialog insbesondere mit Russland. Kurzfristig sollte es dabei um Vertrauensbildende Maßnahmen sowie um die Bestätigung basaler Normen wie Souveränität und den Verzicht auf Einflussnahme mit subversiven Mitteln gehen. Demokratie und Menschenrechte sind das Fundament der europäischen Ordnung, ihre volle Umsetzung aber nicht der Maßstab für Kooperation mit Staaten außerhalb dieser Ordnung. Zweitens sollte die Bundesregierung eine bessere Verzahnung der europäischen Friedensarchitektur mit der globalen Ordnung anstreben.

Internationale Institutionen sollen zum Frieden beitragen, indem sie Staaten durch die Bereitstellung von Informationen und Regeln helfen, gemeinsame Interessen zu verwirklichen oder zumindest kooperativ mit Differenzen umzugehen. Als internationale Organisationen treten sie darüber hinaus als Akteure auf, die Friedensmissionen organisieren, für die Konfliktprävention und -nachsorge Verantwortung übernehmen, Mediation betreiben, Friedensprozesse orchestrieren und in Räumen begrenzter Staatlichkeit Regierungsfunktionen ausüben.

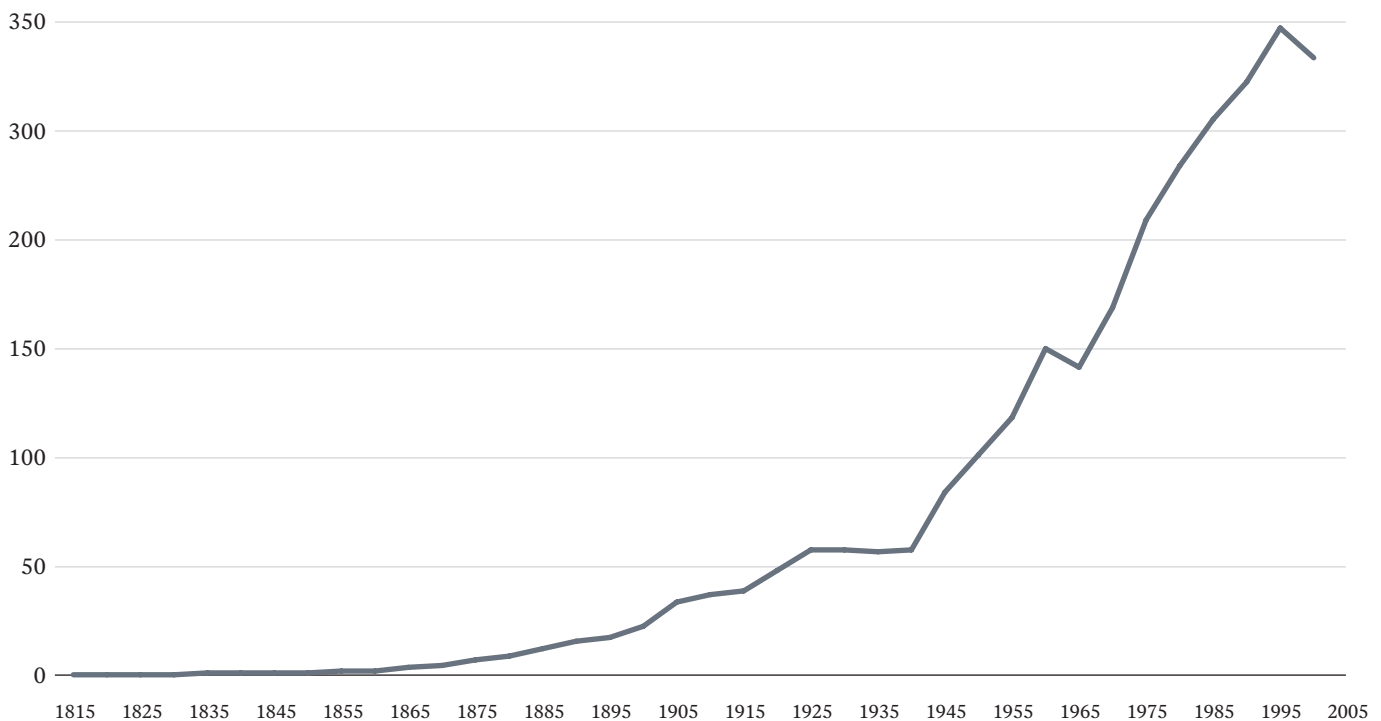
Die zunehmende Bedeutung internationaler Organisationen zeigt ein Blick auf ihre quantitative und qualitative Entwicklung. Seit 1945 verdreifachte sich ihre Zahl auf mittlerweile über 350 → **30**/108. Internationale Organisationen haben zudem an Einfluss auf ihre Mitgliedstaaten gewonnen. Zum einen greifen sie immer tiefer in Bereiche ein, die vormals als innerstaatliche Angelegenheiten angesehen wurden. Zum anderen werden sie bei der Formulierung und Durchsetzung ihrer Regeln unabhängiger von ihren Mitgliedstaaten. Seit Ende der 1980er Jahre lässt sich ein deutlicher Trend hin zu mehr Mehrheitsentscheidungen und der Delegation von Kompetenzen an internationale Organe, die mit nicht-staatlichen Akteuren besetzt sind, beobachten → **31**/109.

Diese Dynamik beschreibt die Entwicklung internationaler Institutionen im Allgemeinen, sie zeigt sich aber ganz ähnlich im Feld institutioneller Friedenssicherung. Notieren lässt sich erstens eine Zunahme der Aktivitäten von internationalen Organisation, die sich etwa an der Zahl von Friedensmissionen, insbesondere nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, ablesen lässt. Im Jahr 2016 gab es 62 aktive multilaterale Friedensmissionen, die von den Vereinten Nationen, regionalen Organisationen und Adhoc-Koalitionen entsandt wurden und in denen mehr als 150.000 ziviles und militärisches Personal eingesetzt wurde (→ Smit 2017) → **1**/49. Auch hier lässt sich eine fallspezifisch unterschiedlich ausgeprägte Zunahme von Autorität beobachten. Beispielsweise entscheiden einige Regionalorganisationen per Mehrheit über Zwangsmaßnahmen. Ebenso werden die Mandate von Friedenstruppen, Gewalt anzudrohen oder anzuwenden, zunehmend weniger restriktiv formuliert.

Mehr internationale Organisationen – mit mehr Kompetenzen

30 Zahl internationaler Organisationen steigt seit den 1940er Jahren rapide an

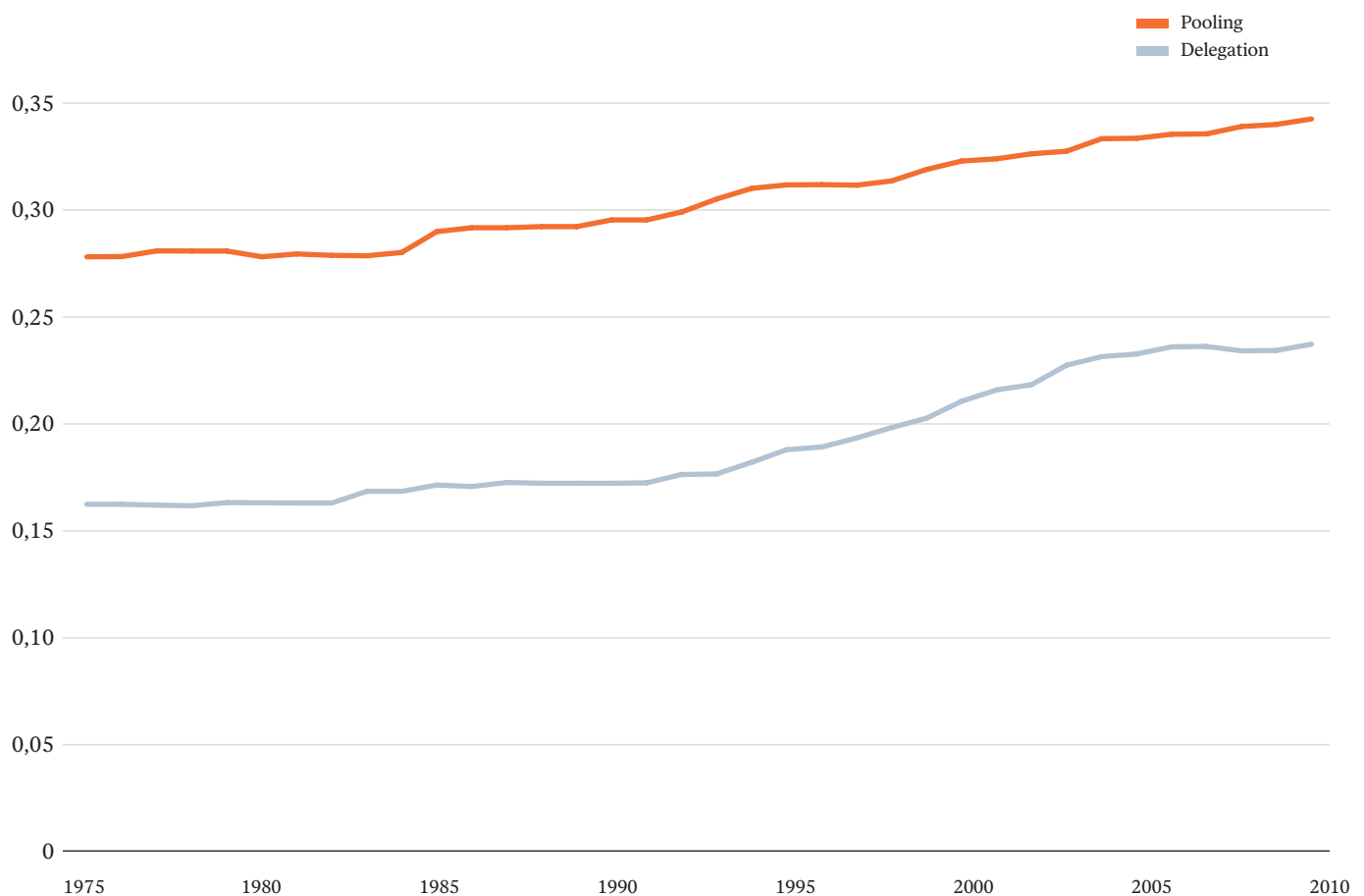
Quelle → **4**/123



Zweitens kann konstatiert werden, dass Institutionen die Normen und Prinzipien ausweiten, auf deren Grundlage sie Frieden und Sicherheit gestalten: beispielsweise durch die explizite Mandatierung des Schutzes von Zivilisten (Protection of Civilians, PoC) oder die UN-Resolution 1325 zur Rolle von Frauen, Frieden und Sicherheit. Die Aufgaben werden dadurch komplexer, wie sich exemplarisch an den Vereinten Nationen zeigen lässt → **33** /111. Von den 15 aktuell laufenden UN-Peacekeeping-Missionen haben bereits zehn eine PoC-Komponente. Das sind alle Missionen, die nach 2000 verabschiedet wurden (→ United Nations 2018).² Schließlich zeigt sich drittens eine Zunahme regionaler Organisationen mit einem Mandat für Frieden und Sicherheit → **32** /110. Seit dem Ende des Kalten Krieges wurden neue regionale Organisationen gegründet bzw. bestehende reformiert, die ein explizites Mandat im Bereich Frieden und Sicherheit haben. Aktuell verfügen heute rund 30 regionale Organisationen über den Auftrag zur Friedenssicherung (→ Williams/Haake 2011: 51). 2017 haben sechs Regionalorganisationen gemeinsam 42 Friedensmissionen entsendet – darunter auch rein zivile. Das macht 60 % aller im selben Jahr durch multilaterale Organisationen entsandten Missionen aus.³

31 Relative Zunahme von Mehrheitsentscheidungen in internationalen Organisationen („pooling“) und der Delegation von Kompetenzen an nicht-staatliche Organe

Quelle → 4 /123



32 Regionalorganisationen mit/ohne Mandat im Bereich Frieden/Sicherheit

Quelle → 4/123

mit Mandat im Bereich Frieden/Sicherheit
 ohne Mandat

ECOWAS

OAU

4
110

Afrika

LAS

LAS

OIC

Naher und Mittlerer Osten

ASEAN

Asien

SEATO

Warsaw Pact

WEU

CoE

NC

EEC

Europa

OSCE

NATO

Nordamerika

ANZUS

CARICOM

Mittelamerika und Karibik

OAS

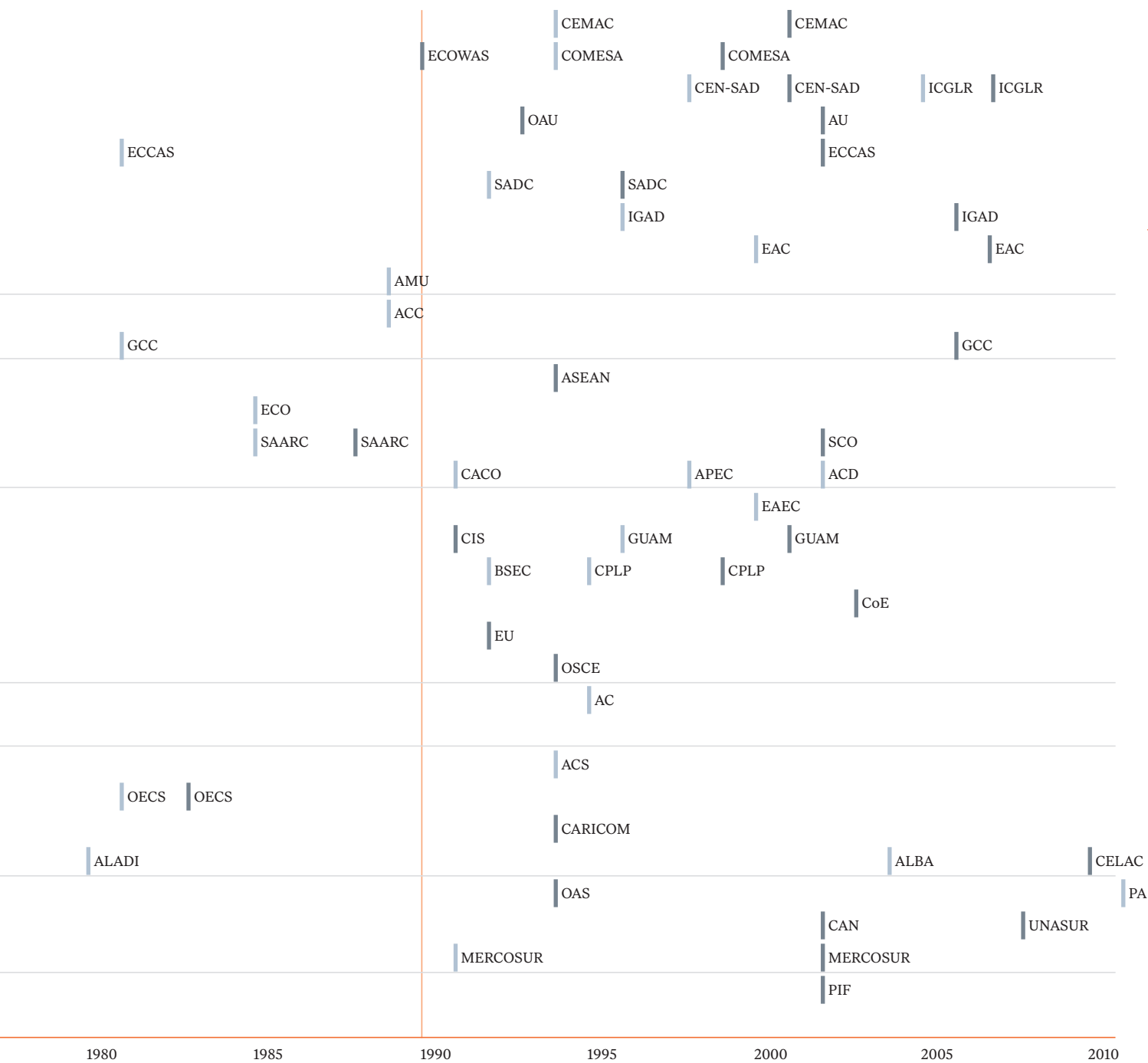
CAN

Südamerika

PIF

Australien und Ozeanien

1945	1950	1955	1960	1965	1970	1975
AC	Arctic Council	ASEAN	Association of South East Asian Nations	CEMAC	Communauté Economique et Monetaire de l'Afrique Centrale	
ACC	Arab Cooperation Council					
ACD	Asia Cooperation Dialogue	AU	African Union	CEN-SAD	Community of Sahel-Saharan States	
ACS	Association of Caribbean States	BSEC	Organisation of the Black Sea Economic Cooperation	CIS	Commonwealth of Independent States	
ALADI	Latin American Integration Association	CACO	Central Asian Cooperation Organization	CoE	Council of Europe	
ALBA	Bolivarian Alliance for the Peoples of Our America	CAN	Andean Community	COMESA	Common Market of Eastern and Southern Africa	
AMU	Arab Maghreb Union	CARICOM	Caribbean Community and Common Market	CPLP	Community of Portuguese Speaking Countries	
ANZUS	Australia, New Zealand, United States Security Treaty	CELAC	Community of Latin American and Caribbean States	EAC	Eastern African Community	
APEC	Asia-Pacific Economic Cooperation			EAEC	Eurasian Economic Community	



1980 1985 1990 1995 2000 2005 2010

ECCAS	Economic Community of Central African States	IGAD	Intergovernmental Authority on Development	OSCE	Organization for Security and Cooperation in Europe
ECO	Economic Cooperation Organization	LAS	League of Arab States	PA	Pacific Alliance
ECOWAS	Economic Community of West African States	MERCOSUR	Common Market of the South	PIF	Pacific Island Forum
EEC	European Economic Community	NATO	North Atlantic Treaty Organization	SAARC	South Asian Association for Regional Cooperation
EU	European Union	NC	Nordic Council	SADC	Southern African Development Community
GCC	Gulf Cooperation Council	OAS	Organization of American States	SCO	Shanghai Cooperation Organization
GUAM	Organization for Democracy and Development	OAU	Organization of African Unity	SEATO	South Asia Treaty Organization
ICGLR	International Conference on the Great Lakes Region	OECS	Organization of Eastern Caribbean States	UNASUR	Union of South American Nations
		OIC	Organization of the Islamic Conference	WEU	Western European Union

Mehr und komplexere Missionen, normativer Wandel und Regionalisierung haben zwar Zahl und Dichte internationaler Institutionen in der Friedenssicherung erhöht, zugleich aber auch die Krisenanfälligkeit der jeweiligen Institutionen sowie der Architektur als Ganzes verstärkt. Ein Krisensymptom ist die *abnehmende Leistungsfähigkeit* internationaler Institutionen. Die gestiegene Zahl vor allem regionaler Organisationen führt zu überlappenden Mandaten und konkurrierenden Machtansprüchen zwischen Institutionen. In Bürgerkriegen, wie in Mali 2012 oder der Zentralafrikanischen Republik 2013, kann das zu offener Konkurrenz führen, die schnelle Reaktionen und Ziele der Friedenssicherung unterläuft. Komplexere Aufgaben können nur durch effektive Unterstützung der Mitgliedstaaten verwirklicht werden, die angesichts der Vielzahl von Missionen immer schwieriger wird → 1/49. Das zeigt sich auch in der Finanzierung. Mangelnde Finanzierungssicherheit schränkt sowohl die UN als auch Regionalorganisationen aktuell darin ein, adäquat, schnell und effektiv auf Krisen zu reagieren. Schließlich bergen komplexere Aufgabenbereiche und breitere Mandate bei eher stagnierenden oder nur gering steigenden Ressourcen die Gefahr, dass Versprechen und Ergebnisse der Friedensbemühungen internationaler und regionaler Organisationen weiter auseinanderklaffen und diese damit anfällig für Politisierung und Widerspruch werden.

Leistungsfähigkeit internationaler Organisationen nimmt ab

Mangelnde Leistungsfähigkeit ist schließlich auch Folge einer tieferen Krisenursache: Sicherheitsorganisationen wie die UN werden durch die wieder zunehmende Großmachtkonkurrenz beeinträchtigt. Traurigster Ausdruck dieser Entwicklung ist die Unfähigkeit der Staatengemeinschaft, den Bürgerkrieg in Syrien zu beenden oder zumindest das Leiden der syrischen Bevölkerung zu lindern → F/26–27. Die zweite Dimension der Krise zeigt sich im Widerstand unterrepräsentierter oder sich so wahrnehmender Länder gegen die Beschlüsse internationaler Organisationen. So unterlief die Intervention von NATO und UN-Sicherheitsrat in Libyen 2011 massiv die von der Afrikanischen Union präferierte Politik. Die Folge ist ein dramatischer Verlust an Zustimmung zur Schutzverantwortung (Responsibility to Protect) in Afrika.

Trotz nachweislicher Erfolge bedeutet also die Regionalisierung der internationalen Friedensarchitektur sowie die Ausweitung der an sie gestellten Aufgaben auch eine größere Krisenanfälligkeit für die globale wie auch die regionale Friedenssicherung. Das gilt auch für Europa, wo sich ebenfalls Organisationen und Mandate regional überlappen. Interne Auseinandersetzungen kennzeichnen nicht nur jene Organisationen, die ganz Europa einschließlich Russlands umfassen, wie die OSZE und den Europarat, und die Dauerkonflikten um die Rolle Russlands und die Interpretation von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ausgesetzt sind.

Auch die NATO ist durch die neue US-Administration im vergangenen Jahr zusätzlich unter Druck geraten. Die EU ist von einer Vielzahl innerer Krisen gekennzeichnet, die vom Druck auf den Euro über Migration bis hin zu der Frage reichen, welche Standards von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie für EU-Mitglieder gelten sollen. Diese inner- und zwischenorganisatorischen Krisenphänomene schwächen nicht nur die Möglichkeiten Europas, nach außen friedenssichernd zu wirken, sie bedrohen auch den Frieden in Europa.

33 Die Friedensarchitektur der Vereinten Nationen unter Druck

Zentraler Akteur der internationalen Friedenssicherung sind nach wie vor die Vereinten Nationen (UN). Während in den vier Dekaden zwischen 1948 und 1990 insgesamt nur 18 Peacekeeping-Missionen durch den UN-Sicherheitsrat mandatiert wurden, waren es zwischen 1990 und 2017 insgesamt 53 (United Nations Peacekeeping 2017). Jedoch ist der Sicherheitsrat durch die Großmachtpolitik ständiger Mitglieder aktuell weit davon entfernt, in Krisensituationen entschlossen zu handeln. Dies hat sich im letzten Jahr etwa im Falle des Syrienkonflikts, der Rohingya-Krise in Myanmar und der Jerusalem-Frage gezeigt. Die Reformdebatte über Repräsentativität und Legitimität des Rates, die seit den 1990er Jahren geführt wird, ist bisher ohne nennenswertes Ergebnis verlaufen. Das schwächt die Akzeptanz des

Sicherheitsrates als zentrales Organ, das den internationalen Frieden überwachen und absichern soll. Auch UN-Peacekeeping-Operationen stehen nach wie vor in der Kritik, weil ihre Mandate überdehnt seien. Multidimensionale Friedenseinsätze umfassen neben militärischen auch polizeiliche und zivile Komponenten. Die Missionen operieren zudem zunehmend in Konfliktgebieten, „where there is little or no peace to keep“ (High-Level Independent Panel on United Nations Peace Operations 2015). Trotz des wachsenden Aufgabenspektrums ist der Druck zu Einsparungen im Peacekeeping-Budget aktuell groß, insbesondere durch die US Regierung. Gleichzeitig wird – nicht zuletzt von truppenstellenden Staaten – die schlechte Ressourcenausstattung der Missionen beklagt.

4.2 ✓ Die europäische Friedensarchitektur unter Druck

Die europäische Friedensordnung galt lange Zeit als Aushängeschild und Modell gelungener (regionaler) multilateraler Friedenssicherung. Ihren Architekten gelang es, schon während des Kalten Krieges in Form der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ein System kooperativer Sicherheit für den Kontinent zu etablieren, das die geopolitische Konfrontation zwischen den Blockmächten einhegte. Akzeptanz des Status quo, Unverletzlichkeit der territorialen Grenzen sowie blockübergreifende Kooperation wurden als gemeinsame Prinzipien für die Konfliktverhütung festgeschrieben (KSZE 1975).

Mit dem Ende des Kalten Krieges wandelte sich dieses System schließlich in eine neue Friedens- und Sicherheitsarchitektur für Gesamteuropa, die in die Gründung der OSZE 1995 als Nachfolgeorganisation der KSZE mündete. Die OSZE steht für einen Raum gemeinsamer Sicherheit und Werte von Vancouver bis Wladiwostock und soll die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in den Dimensionen „Politische Normen und Menschen-

rechte“, „Sicherheit und Rüstungskontrolle“ sowie „ökonomische und ökologische Kooperation“ verbessern und vertiefen (→ OSZE 1999). Die Hoffnung war, dass nun eine tiefere Integration auf dem Kontinent möglich würde und dadurch nach und nach Gewalt oder deren Androhung als Mittel der Politik verschwinden würde. Allerdings stand diese Architektur immer unter Spannung, zum einen weil EU und NATO als regionale und thematisch exklusive Organisationen eigene Ziele verfolgten. Zum anderen, weil eine vertiefte Integration nur zum Preis deutlich abgeschwächter Standards zu haben war.

4

114

34 Die Charta von Paris für ein neues Europa

Die Charta ist das Schlussdokument des KSZE-Sondergipfels 1990, das die Spaltung Europas für beendet erklärte und gemeinsame Standards und Prinzipien einer Friedensordnung festlegte. Dazu zählten das Bekennt-

nis zu Demokratie, zu Menschenrechten und zu Rechtsstaatlichkeit ebenso wie das Prinzip der gemeinsamen Sicherheit und der Verzicht auf Gewaltandrohung zwischen den Staaten.

Zugespitzt haben sich diese Spannungen durch die Erweiterungsrounds von NATO und EU, die in Russland zusehends als Einkreisungstaktik verstanden wurden. Frühe Anzeichen für diese Spannungen waren die Aussetzung der Ratifizierung des angepassten KSE-Vertrags durch die Nato-Staaten und die schlussendliche Suspendierung des KSE-Vertrags durch Russland 2007. Russlands völkerrechtswidrige Annexion der Krim 2014 und die nachfolgende Destabilisierung der Ukraine brachten das Prinzip kooperativer Sicherheit nahezu vollständig zum Erliegen. Die neue Konfrontation – von Beobachtern bereits als Kalter Krieg 2.0 apostrophiert – gefährdet aber nicht nur die Sicherheit in Europa. Sie schwächt auch die Fähigkeit der EU, stabilisierend nach außen zu wirken; der Syrienkonflikt ist hierfür trauriges Beispiel. Wie zerrüttet das Verhältnis zwischen dem Westen und Russland inzwischen ist, wird in der Skripal-Affäre um die mutmaßliche Vergiftung des ehemaligen russischen Spions Skripal und seiner Tochter durch russische Agenten in Großbritannien deutlich, die trotz einer schwierigen Beweislage eine beispiellose Eskalation zwischen dem Westen und Russland zeitigt. Besonders augenscheinlich werden diese Krisendynamiken, wenn wir uns den Institutionen im Einzelnen zuwenden.

Neue Spannungen in Europa gefährden die Sicherung des Friedens

DER EUROPARAT KÄMPFT UM SEINE LEGITIMITÄT

Der 1949 gegründete Europarat hat kein explizites Friedenssicherungsmandat; vielmehr soll er die Integration auf dem Kontinent festigen, indem er Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fördert. Das ist ihm zunächst auch gelungen, insbesondere durch die erfolgreiche Schaffung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, dem alle 47 Mitgliedstaaten beigetreten sind. Zugleich ist der Europarat als Organisation deutlich in die Kritik geraten. Ein Auslöser der wachsenden Spannungen war die schnelle Aufnahme neuer Mitglieder nach Ende des Kalten Krieges. Die Öffnung sollte den demokratischen Wandel in den neuen Staaten absichern, hatte aber den Preis zunehmender normativer Heterogenität. Zudem konnte der Europarat Rückschläge für die Demokratie

auch in alten Mitgliedsländern – die Türkei ist seit 1949 Mitglied – nicht verhindern. Mitgliedsländer wie die Türkei oder Russland fordern den Europarat mit ihrer aggressiven Politik heraus, andere wie Aserbaidschan ignorieren Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Damit steht der Rat vor dem Dilemma, entweder solche Mitglieder auszuschließen und damit auch die restlichen Möglichkeiten aufzugeben, seine Standards in diesen Ländern durchzusetzen; oder sich dem Vorwurf auszusetzen, er ver helfe autoritären Staaten zu internationaler Anerkennung. Seine Glaubwürdigkeit ist zudem durch Korruptionsskandale belastet, wie der Schmiergeldzahlungen Aserbaidschans.

DIE OSZE BLEIBT EINGESCHRÄNKT AKTIV

Für die zweite große, inklusive internationale Organisation auf dem europäischen Kontinent bedeutet die Wiederkehr der Großmacht Konkurrenz paradoxerweise zugleich eine Stärkung und eine Schwächung. Deutlich geschwächt wurde die OSZE in ihrem Bemühen, der menschlichen Dimension von Sicherheit Nachdruck zu verleihen. Russland und andere Staaten sorgen dafür, dass Verhandlungen über die Agenda von Menschenrechtstreffen wie dem Human Dimension Implementation Meeting (HDIM), der größten Menschenrechtskonferenz in Europa, erst Wochen, manchmal Tage vor Konferenzbeginn abgeschlossen werden können. 2017 verließ die Türkei das HDIM, um gegen die Zulassung bestimmter Nichtregierungsorganisationen (Non-Governmental Organisations, NGOs) zu protestieren. Geschwächt wurden auch die Feldoperationen der OSZE im Südkaukasus und in Zentralasien, die nicht im Zusammenhang mit Konflikten stehen. Im Mai 2017 musste die OSZE ihr Büro in Eriwan (Armenien) schließen. Das OSZE-Zentrum in Bischkek und das OSZE-Büro in Tadschikistan wurden zu OSZE-Programmbüros mit schwächerem Mandat herabgestuft. Ziel ist es weniger, die Büros zu schließen, sondern vielmehr ihr Engagement für die menschliche Dimension von Sicherheit zu beenden.

Im Bereich der Sicherheitsvorsorge und Vertrauensbildung sieht sich die OSZE dagegen mit neuer Nachfrage konfrontiert. Momentan hat die Organisation vier Konflikte auf der Agenda: Ukraine, Abchasien/Süd Ossetien, Berg Karabach und Transnistrien. Eine Aufwertung erfuhr die OSZE insbesondere durch den Auftrag, in der Ukraine eine Besondere Beobachtungsmission (Special Monitoring Mission, SMM) aufzubauen. Andererseits wird sie dadurch zum Anlass von Streit zwischen ihren Mitgliedstaaten, soll mit schwachen Mitteln einen Waffenstillstand überwachen, den es nicht gibt, muss also eine Aufgabe übernehmen, an der sie nur scheitern kann. Die SMM – Personalumfang im Januar 2018: 1.164 Personen aus 44 Staaten, davon knapp 700 Beobachter/innen – arbeitet unter schwierigen Bedingungen. SMM-Patrouillen wurden bedroht und beschossen, am 23. April 2017 starb ein OSZE-Sanitäter bei einer Minenexplosion. Die Hauptleidtragenden in der Ukraine sind jedoch Zivilisten, die Opfer von Artillerieduellen und Minen sind; bis zu 3.000 Abschüsse am Tag wurden gezählt. Die SMM kann diese Waffenstillstandsverletzungen nicht verhindern, registriert aber jeden Abschuss und veröffentlicht täglich ein detailliertes Protokoll. Außerdem verhandelt die Trilaterale Kontaktgruppe

Europarat, OSZE,
EU und NATO:
Europäische Organi-
sationen kämpfen mit
Krisen und neuen
Spannungen

(Trilateral Contact Group, TCG, Ukraine, Russland, OSZE), die auch als Bindeglied zwischen der SMM, der politischen Ebene des Normandie-Formats (Ukraine, Russland, Deutschland, Frankreich) und den Rebellenführungen dient, saisonale bzw. lokale Waffenruhen. Ende 2017 erreichte die TCG einen größeren Gefangenen austausch. Mandatsverlängerungen und Haushaltsverabschiedungen für die SMM (ca. 100 Mio. €/Jahr) verlaufen mittlerweile ohne größere Konflikte. Insgesamt trägt die SMM signifikant zu Verifikation und humanitärer Hilfe bei. Dessen ungeachtet steigt aber das Eskalationsniveau. Die geplante Lieferung von US-Panzerabwehrraketen an die Ukraine dürfte diesen Trend verstärken.

Bei den anderen drei ungelösten Konflikten, bei denen die OSZE tätig ist – Berg-Karabach, Abchasien und Südossetien sowie Transnistrien –, variiert die Leistungsbilanz der OSZE erheblich. Im Fall Berg-Karabach, wo im April 2016 ein opferreicher Vier-Tagekrieg ausgebrochen war, blieben die Bemühungen der drei Ko-Vorsitzenden der Minsk-Gruppe (Frankreich, Russland, USA) ohne jedes sichtbare Ergebnis. Für Abchasien und Südossetien wurden die beiden Incidents Prevention and Response Mechanisms ebenso fortgeführt wie die Genfer Internationalen Diskussionen, bei denen beide Entitäten unter dem Vorsitz von EU, OSZE und UN mit Georgien, Russland und den USA zusammenkommen. Fortschritte in Statusfragen gibt es nicht, man bleibt aber im Gespräch und löst lokale Probleme, während die Eingliederung der Entitäten in den russischen Herrschaftsbereich fortschreitet. Anders die Entwicklung zwischen Moldau und Transnistrien: Hier einigten sich die Parteien Ende 2017 unter Vermittlung der OSZE auf ein Paket praktischer Maßnahmen von der Anerkennung transnistrischer Schulabschlüsse bis zur Wiedereröffnung einer 25 Jahre lang geschlossenen Brücke. Damit decken die drei ungelösten Konflikte ein sehr breites Spektrum ab, das von Gewaltanwendung als einziger Kommunikationsform (Berg-Karabach) bis zu einem friedlichen Neben- und Miteinander bei ungelöstem Status (Transnistrien) reicht.

Seit dem Frühjahr 2017 findet in der OSZE der sogenannte Strukturierte Dialog (SD) statt. Dieser geht auf eine Erklärung des Hamburger OSZE-Ministerrates vom Dezember 2016 zurück. Unter Leitung des deutschen Botschafters Eberhard Pohl versucht eine Arbeitsgruppe, eine gemeinsame Faktenbasis militärischer Kräfteverhältnisse in Europa zu etablieren. Ziel ist es aus deutscher Sicht, Schritt für Schritt die Grundlagen für eine (Wieder-)Befassung mit konventioneller Rüstungskontrolle zu schaffen.

Das Bild bleibt somit uneinheitlich. Einerseits hat die OSZE mit Blick auf die Ukraine durchaus Erfolge zu vermelden, andererseits wird sie in vielen anderen Bereichen in ihrer Arbeit immer mehr beschnitten. Das gilt für Demokratie- und Menschenrechtsförderung, aber auch für die europäische Rüstungskontrolle. Seit der Suspendierung des KSE-Vertrags ist der Strukturierte Dialog das einzig vorwärtsweisende Element.

EU UND NATO PROFITIEREN NUR SCHEINBAR

Die im engeren Sinne europäischen Organisationen EU und NATO haben nach Jahren der Krise und Verunsicherung wieder etwas Wind in ihren Segeln. Allerdings bestehen auch bei diesen Organisationen die Ursachen der Krise fort und die innere Konsolidierung geht mit äußerer Abgrenzung einher.

In Bezug auf die Europäische Union verdichteten sich 2015 problematische Entwicklungen zu einer „Poly-Krise“. Die Zunahme interner Gegensätze zwischen den Mitgliedstaaten und externe Schocks, wie die Finanzkrise, verschärften eine Leistungskrise und führten zu sinkenden Zustimmungsraten. Augenfälliger Ausdruck dessen sind die Schwierigkeiten, die angeschlagenen Flaggschiffprojekte der Integration – die gemeinsame Währung und den Schengen/Dublin Raum – zu reparieren. Der Versuch, die mangelnde Leistungs- und Problemlösungsfähigkeit durch eine Erhöhung der Autorität der EU zu lösen und beispielsweise über die Verteilung von Flüchtlingen per Mehrheit zu entscheiden, mobilisiert Widerstände und stellt die Legitimität der EU als autoritatives Entscheidungszentrum infrage.

In der Kritik stehen aber auch zentrale Strategien und Konzepte der EU zur Beförderung des äußeren Friedens. Das gilt zum einen für den Ansatz, mit Hilfe von Kooperationsprogrammen und Anreizen den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Wandel der Länder in der Nachbarschaft einzuleiten und diese in ein europäisches Normengefüge einzugliedern. Lediglich in Tunesien, der Ukraine und Georgien sind Teilerfolge zu verzeichnen. Dies gilt zum anderen für das Ende 1999 gestartete Vorhaben, im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ein zivil-militärisches Instrumentarium der Krisenvorsorge und des Krisenmanagements aufzubauen. Den Höhepunkt erreichten die Enttäuschungen über die GSVP in den Jahren 2011/12, als die EU weder eine geplante Mission zur Stabilisierung der Lage in Libyen auf den Weg brachte, noch rechtzeitig auf die Bürgerkriege in der Zentralafrikanischen Republik und Mali reagierte, sodass Frankreich in nationaler Regie eingriff. Selbst in den nicht-militärischen Bereichen der Sicherheitspolitik ist die Bilanz bestenfalls gemischt. Einerseits gelang es, die Russland-Sanktionen zu verstetigen und im Umgang mit dem iranischen Nuklearprogramm geschlossen aufzutreten. Andererseits zeigt die Gemeinsamkeit der EU immer wieder Risse, etwa im Umgang mit der Menschenrechtslage in China⁴ oder bei den Versuchen, Libyen zu stabilisieren (→ Harchaoui 2017). Die Krise der GSVP ist also zunächst eine Krise ihrer Leistungsfähigkeit. Verantwortlich für die mangelnde Effektivität und Kohärenz sei die intergouvernementale Struktur. In der Außenpolitik, so Verteidigungsministerin von der Leyen auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2018, „blockiert uns das Gebot der Einstimmigkeit“. Dieses Hemmnis ist mit der Erweiterung und der zunehmenden Heterogenität auch der sicherheits- und verteidigungspolitischen Orientierungen nicht geringer geworden.

2016/17 reagierte die EU mit einer umfassenden Reform ihrer Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die Neufassung ihrer Nachbarschaftspolitik und die im Sommer 2016 vorgelegte Globale Strategie markieren eine (vorsichtige) Abkehr von Vorstellungen einer einfachen demokratischen Transformation dritter Staaten. Stattdessen betont die EU stärker die Ziele der Stabilisierung von Ländern in der Nachbarschaft und die Förderung der Sicherheit der EU und ihrer Bürger selbst. Schwieriger gestaltet sich die Aufgabe, die Leistungsfähigkeit ihrer Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu verbessern. Unter dem Eindruck des Wahlsiegs von Trump und neuer transatlantischer Unsicherheiten brachte die EU dennoch ein ganzes Bündel von Maßnahmen auf den Weg, um ineffiziente nationale Strukturen abzuschleifen und gemeinsam handlungsfähiger zu werden. Dazu gehören ein Verteidigungsfonds und Instrumente zur besseren Koordination und Verzahnung von militärischen Beschaffungen und Streitkräftenstrukturen. Die entscheidende Frage, wie sich europäische Instrumente trotz Konsensprinzip und politisch-kultureller Heterogenität einsetzen lassen, harrt allerdings weiterhin einer Antwort. Die bereits im Lissabon-Vertrag angedachte Möglichkeit, größere Entscheidungsfähigkeit durch die Bildung einer Kerngruppe zu erreichen, nutzte die EU nicht. Stattdessen gestaltete sie das Instrument der ständigen strukturierten Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation, PESCO) so unverbindlich aus, dass sich fast alle EU-Staaten beteiligen → 3 / 91. Auch als Reaktion auf die Aufweichung von PESCO schlug Präsident Macron in seiner Rede an der Sorbonne am 26. September 2017 eine Interventionsinitiative vor und richtete an Berlin die Frage, wie sich Deutschland daran beteiligen wolle. Angesichts mangelnder militärischer Fähigkeiten, einer zögernden Öffentlichkeit und der bestenfalls gemischten Erfolgsbilanz bisheriger Auslandseinsätze sollte Berlin nicht mehr versprechen, als es halten kann. Umso bedeutsamer – nicht zu letzt angesichts der jüngsten Aufkündigung des Iran-Atom-Abkommens durch die USA im Mai 2018 – ist die enge deutsch-französische Zusammenarbeit bei der europäischen Krisendiplomatie, und der zivil-militärischen Krisenprävention. Angesichts der transatlantischen Unsicherheiten müssen sich die EU-Mitglieder auch Gedanken darüber machen, ob und wie sie Sicherheit und kollektive Verteidigung in Europa ohne die USA organisieren könnten.

Weniger deutlich ausgeprägt erscheint die Krisensymptomatik in Bezug auf die NATO. Und dies, obwohl sie ihren nach dem Ost-West-Konflikt neu definierten Aufgaben nicht gerecht wurde. Das Scheitern der ISAF-Intervention in Afghanistan stellt die NATO in ihrer Rolle als globale Ordnungs- und Friedensmacht infrage. Und mit ihrem Anspruch, sowohl neue Mitglieder in Osteuropa aufzunehmen, als auch mit Russland eine gesamt-europäische Friedensordnung nach dem Motto „Europe – whole and free“ aufzubauen, war sie sie bereits vor der russischen Annexion der Krim erfolglos. Diese bestenfalls gemischte Erfolgsbilanz der NATO erwies sich für die Organisation selbst nicht als Belastung. Im Gegenteil: Die Mitgliedstaaten besinnen sich auf die alte Identität als kollektive Verteidigungsorganisation. Auf ihren Gipfeln in Wales (September 2014) und Warschau (Juli 2016) einigten sie sich auf ein ganzes Bündel militärischer Maßnahmen zur Rückversicherung der östlichen Bündnispartner und zur Abschreckung Russlands. Dazu

zählen eine Verstärkung des Air-Policing im Baltikum, der Ausbau der maritimen Präsenz in der Ostsee, eine Ausweitung von Manövern sowie Maßnahmen zur schnelleren Verlegbarkeit und zur Aufnahmefähigkeit von militärischem Gerät und Truppen. Ins Gewicht fällt insbesondere die Aufstockung des Personals der NATO Response Force von 13.000 auf 40.000, die Aufstellung einer besonders schnell einsatzbereiten „Speerspitze“ (Very High Readiness Joint Task Force, VJTF) sowie die Stationierung je eines Bataillons auf Rotationsbasis in den baltischen Staaten und Polen. Selbst die Fähigkeit des Bündnisses, seine Mitglieder darauf zu verpflichten, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen – unabhängig von der magischen 2 %-Marke –, scheint eher zu- als abzunehmen → 3/90.

Als eine der Ursachen ihrer im Vergleich zur EU besseren Leistungsfähigkeit gilt die hegemoniale Struktur der NATO. Genau diese steht mit der Absage Trumps an multilaterale Verpflichtungen im Allgemeinen und an den Artikel 5 des NATO-Vertrages im Besonderen in Frage. Im Augenblick ihrer wiedergewonnenen Kohärenz und Handlungsfähigkeit sah sich die NATO aufgrund der kollabierenden hegemonialen Führungsleistung in ihrem Zentrum bedroht. Mittlerweile haben der Kongress und das sicherheitspolitische Establishment der USA dem Präsidenten in den Fragen des Bündnisses und der Beziehungen zu Russland mit Hilfe des Countering America's Adversaries Through Sanctions Act (→ H. R. 3364) enge Fesseln angelegt. Dieser sieht eine Verschärfung der Russland-Sanktionen vor. Die vorläufige Abwehr der nationalistischen America-First-Kampfansage an die multilaterale Struktur der NATO gelang mithin um den Preis einer Vertiefung und Versteifung der Konfrontation mit Russland.

4.3 ↙ Die europäische Friedensarchitektur muss wiederbelebt werden

Insgesamt signalisiert der Blick in die europäischen Organisationen eine deutliche Schwächung der europäischen Friedensarchitektur nach innen (Friedenssicherung in Europa), aber auch nach außen (Friedenssicherung in akuten Konflikten außerhalb Europas). Der Europarat verliert an Effektivität und Legitimität, wenn seine Beschlüsse wie auch die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vermehrt infragegestellt oder sogar ignoriert werden. Die OSZE sieht sich erstarkendem Widerstand gegen ihre Arbeit im Bereich Menschenrechte ausgesetzt. Zwar hat sie durch ihre Rolle im Ukraine-Konflikt im Bereich der Sicherheitsvorsorge zunächst wieder an Bedeutung gewonnen, aber ihre Position dort bleibt ebenso prekär wie ihr genereller Status als zentrale Ansprechpartnerin für die Konfliktverhütung in Europa. Selbst EU und NATO, die die zunehmende Großmacht Konkurrenz zunächst nutzten, um ihre eigenen Fähigkeiten im Bereich der Friedens- und vor allem der Sicherheitspolitik auszubauen, sind nur scheinbar gestärkt: Die EU hat zwar neue Instrumente geschaffen, um die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik vertiefen zu können, ohne breite Zustimmung zu dieser Vertiefung wird sie aber kaum Erfolge erzielen können. Die NATO mag zwar momentan gestärkt worden sein, aber spätestens in dem Moment,

in dem Russland dem MINSK-Implementierungsabkommen neues Leben einhaucht (etwa indem es der Stationierung einer internationalen Schutz- und Aufsichtstruppe im gesamten Gebiet Donezk/Luhansk zustimmt), wird zu sehen sein, wie nachhaltig diese Stärkung ist.

4
120

Diese Krisen und Krisenreaktionen der Einzelorganisationen bedingen die Schwächung der Gesamtarchitektur. Die scheinbare Aufwertung von EU und NATO ging mit einer Akzentuierung der Konfrontation mit Russland einher, die dafür sorgt, dass OSZE und Europarat weiter geschwächt werden, weil sich Russland, aber auch andere Mitgliedstaaten, zusehends von den Standards verabschieden. Nach außen ist die Architektur geschwächt, weil viele der akuten Konflikte ohne Kooperation Russlands oder der Türkei kaum zu bewältigen sind. Teils werden sie auch durch diese Staaten verstärkt oder gar verursacht, wie etwa der völkerrechtswidrige Afrin-Feldzug des NATO-Mitglieds Türkei.
→ F /27.

Europäische und globale Friedensarchitekturen sind umstritten

Wie die europäische ist auch die globale Friedensordnung zusehends umstritten. Dies drückt sich in der Kritik an ihrer mangelnden Leistungsfähigkeit aus. Wie wir gezeigt haben, hat diese einerseits mit der wachsenden Komplexität der alten und der stetigen Zuweisung neuer Aufgaben zu tun. Andererseits liegt sie darin begründet, dass bei Sicherheitsorganisationen zwischenstaatliche Entscheidungsstrukturen weit verbreitet sind. Das führt bei zunehmender Heterogenität der Mitglieder schnell zu Blockaden. Verstärkend hinzukommt erstens die mangelnde Repräsentativität und Legitimität der gegenwärtigen institutionellen Ordnung internationaler Friedenssicherung. Aufsteigende Mächte wie Indien, Südafrika oder Brasilien sehen ihre Anliegen nicht hinreichend berücksichtigt. Doch lassen sich zweitens Krisenphänomene verstärkt auch im Zentrum der liberalen Ordnung ausmachen. Der von Trump angekündigte und teilweise vollzogene Rückzug der USA aus globalen und europäischen Institutionen ist nur ein Beispiel für die wachsende Skepsis gegenüber der bestehenden institutionellen Ordnung im Westen selbst.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die von uns diagnostizierten Krisenphänomene sollten für Deutschland ein Signal sein, sich zukünftig noch stärker für die Wahrung einer tragfähigen institutionellen Ordnung der internationalen Friedenssicherung einzusetzen. Dabei muss es zum einen darum gehen, die europäische Friedensarchitektur neu zu beleben. Zum anderen muss sie besser mit der globalen Friedensarchitektur verkoppelt werden: Verstärkungen der einen dürfen nicht auf Kosten der anderen vorgenommen werden.

Die Notwendigkeit, europäische sicherheits- und verteidigungspolitische Kompetenzen zu verstärken, darf nicht losgelöst von der übergeordneten Friedens- und Sicherheitsarchitektur in Europa forciert werden. Spätestens mit der Ukraine-Krise ist die immer schon schwierige Balance zwischen der gesamteuropäischen Sicherheit und ihren Organisationen und den westlichen Organisationen EU und NATO gekippt. Die voranschreitende Erweiterung und Vertiefung von NATO und EU einerseits und der Abschied Russlands von der normativen Ordnung der Pariser Charta andererseits hat die Kompetenzen und Möglichkeiten der OSZE beschnitten und sie als erste Ansprechpartnerin in gesamteuropäischen Fragen obsolet werden lassen. Es gilt, diese Entwicklung zu stoppen. Um das zu leisten, ist zweierlei notwendig: Erstens bedarf es eines gesamteuropäischen Dialogs zwischen den europäischen Organisationen und ihren Mitgliedstaaten, um sich über Kernprinzipien und Verfahren der Europäischen Friedensordnung zu verständigen. Dabei wird es kurz- und mittelfristig nicht um eine Bestätigung der Pariser Charta gehen, sondern eher um die Organisation von Kooperation in den momentan verbleibenden Bereichen gemeinsamer Interessen. Ein solcher Dialog muss im Rahmen der OSZE geführt werden.

Dazu gehört zweitens auch ein Neustart des sicherheitspolitischen Dialogs mit Russland trotz der autoritären Wende unter Putin. Eine europäische Friedensordnung ist ohne Russland weder nach innen noch nach außen zu erreichen. Ein solcher Dialog muss gleichzeitig rote Linien ziehen. Darum sollten die Krim-Sanktionen so lange in Kraft bleiben, bis sich Russland und die Ukraine über den Status der Krim einigen. Die übrigen Sanktionen sollten in dem Maße zurückgefahren werden, in dem Russland eine Befriedung in der Ostukraine zulässt. Der Europarat wie auch die OSZE sollten von ihren Möglichkeiten der Sanktionierung von Regelverletzungen Gebrauch machen, bis hin zum Ausschluss von Mitgliedern. Die Legitimitätskrise, die sich aus der offenkundigen Aufweichung von Menschenrechts-, Demokratie- und Rechtsstaatstandards speist, droht ansonsten diese Organisationen insgesamt zu Fall zu bringen. Diese Krise macht sich auch in der EU immer deutlicher bemerkbar, und auch dort gilt es, dass das kurzfristige Aufweichen von Standards oder das Wegsehen bei offenkundigen Regelverstößen zwar die Arbeitsfähigkeit der Organisation für den Moment befördern mögen; langfristig zerstören sie aber ihre Arbeitsgrundlage.

Stattdessen muss es darum gehen, das ideelle Anziehungsmodell Europa wieder zu stärken. Dazu gehören eine energische Durchsetzung dieser Standards nach innen und eine nachhaltigere Werbung für sie nach außen, auch durch Anreize wie Visa- und Handelserleichterungen sowie belastbare und überprüfbare Kooperations-, Assoziations- und auch Mitgliedschaftsangebote. Die EU hat ein großes Interesse am Gelingen der Reformen in der Ukraine. Sie sollte diesen Prozess durch die Unterstützung der Zivilgesellschaft, mit Anreizen, aber auch mittels einer genauen Überwachung der Reformfortschritte fördern. Ohne eine nachhaltige finanzielle Komponente, die auch die sozialen Kosten solcher Reformen auffangen kann, die sich immer wieder in den Transformationsgesellschaften Mittel- und Osteuropas gezeigt haben, kann dies nicht gelingen.

Eine effektive europäische Friedensordnung ist nicht ohne enge Einbindung in die globale Friedensarchitektur zu haben. Nicht nur auf dem europäischen Kontinent wird momentan über die Krise der Friedenssicherung gesprochen. Ähnliche Probleme gibt es auch auf globaler Ebene und in anderen Weltregionen. Um die globale Friedensarchitektur zu stärken, sollte die Bundesregierung die Reformbemühungen unter UN-Generalsekretär António Guterres und die Ausrichtung der Organisation auf Krisenprävention und Friedenserhaltung unterstützen. Wenn Deutschland für die Jahre 2019/20 als nichtständiges Mitglied in den UN-Sicherheitsrat gewählt wird, kann es die Mandatszeit nutzen, um grundlegende Reformen der UN-Friedensarchitektur voranzutreiben. Das betrifft auch die Zusammensetzung und Arbeitsweise des Sicherheitsrats, wo sich aber in der gegenwärtigen politischen Lage kaum Veränderungen erreichen lassen. Deutschland sollte sich schließlich insbesondere für eine Aufwertung des Kapitels VIII der UN-Charta zur Verzahnung regionaler und globaler Bemühungen um Frieden und Sicherheit einsetzen und helfen, die Mitspracherechte regionaler Sicherheitsorganisationen zu verbessern.

1 Die aktuellste Fassung des Datensatzes „Intergovernmental Organizations“ des Projekts „Correlates of War“ weist für 1945 101 und für 2005 354 zwischenstaatliche Organisationen aus.

2 Alle laufenden Peacebuilding, Peacekeeping und Special Political Missions sind einsehbar im Field Missions Mandate Table (United Nations 2018).

3 Diese wurden von OSZE (16), EU (15), AU (5), NATO (2), ECOWAS (2) und OAS (1) entsendet. Siehe SIPRI 2017: SIPRI Map of Multilateral Peace Operations, 2017, in: https://www.sipri.org/publications/2017_sipri-map-multilateral-peace-operations-2017; 27.03.2018.

4 Das kuriose 16+1 Format und der wachsende wirtschaftliche Einfluss Chinas spiegeln die zunehmende Schwierigkeit der EU, in sensiblen Fragen wie den Menschenrechten Peking gegenüber gemeinsame Positionen zu formulieren. Vgl. FAZ, EU verzichtet auf China-Kritik, 9.12.2017, S. 9

Autorinnen und Autoren

Dr. Melanie Coni-Zimmer

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Dr. Matthias Dembinski

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Dr. Dirk Peters

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Dr. Antonia Witt

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Dr. Wolfgang Zellner

IFSH – Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg

4

123

Quellennachweis

Harchaoui, Jalel 2017: How France Is Making Libya Worse, in: Foreign Affairs, September 21, 2017; <https://www.foreignaffairs.com/articles/france/2017-09-21/how-france-making-libya-worse>; 27.03.2018.

High-Level Independent Panel on United Nations Peace Operations 2015: Uniting Our Strengths for Peace – Politics, Partnership and People, in: http://peaceoperationsreview.org/wp-content/uploads/2015/08/HIP-PO_Report_1_June_2015.pdf; 27.03.2018.

KSZE 1975: Schlussakte, Helsinki, <https://www.osce.org/de/mc/39503?download=true>

OSZE 1999: Europäische Sicherheitscharta, Istanbul, <https://www.osce.org/de/node/125809?download=true>

Smit, Timo 2017. Global Trends in Peace Operations, in: SIPRI (Hrsg.): SIPRI Yearbook 2017, Oxford: Oxford University Press, 165–175.

United Nations 2018: Repertoire of the Practice of the Security Council. Tables, Graphs and Other Data, in: <http://www.un.org/en/sc/repertoire/data.shtml#rel-1>; 27.03.2018.

United Nations Peacekeeping 2017: List of Peacekeeping Operations 1948-2017, in: https://peacekeeping.un.org/sites/default/files/unpeacekeeping-operationlist_1.pdf; 27.03.2018.

Williams, Paul/Haake, Jürgen 2011: Regional Approaches to Conflict Management, in: Crocker, Chester/Hampson, Fen Osler/Aall, Pamela (Hrsg.): *Rewiring Regional Security in a Fragmented World*, Washington DC, 49–73.

Abbildungen / Grafiken / Tabellen

30 /108

Zahl internationaler Organisationen steigt seit den 1940er Jahren rapide an
Quelle: IGO Dataset v. 2.3 (Correlates of War Project). Die aktuellste Fassung des Datensatz „Intergovernmental Organizations“ des Projekts Correlates of War weist für 1945 101 und für 2005 354 zwischenstaatliche Organisationen aus.

31 /109

Relative Zunahme von Mehrheitsentscheidungen in internationalen Organisationen („pooling“) und der Delegation von Kompetenzen an nicht-staatliche Organe
Quelle: Lenz, Tobias 2017: Die wachsende Autorität internationaler Organisationen GIGA Focus Global 4/2017, <https://www.giga-hamburg.de/de/publikation/die-wachsende-autorit%C3%A4t-internationaler-organisationen>.

32 /110

Regionalorganisationen mit/ohne Mandat im Bereich Frieden/Sicherheit
Quelle: Börzel, Tanja A. 2013: Comparative Regionalism: European Integration and Beyond, in: Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas & Beth A. Simmons (Hrsg.): *Handbook of International Relations*. Los Angeles/London: Sage, 509.

2018 /

**Kriege ohne Ende. Mehr Diplomatie –
weniger Rüstungsexporte /
friedensgutachten**

→ PDF

www.friedensgutachten.de

146

BICC Bonn International Center for Conversion

Prof. Dr. Conrad Schetter Director for Research

Pfarrer-Byns-Straße 1, 53121 Bonn

www.bicc.de

HSFK Leibniz Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Prof. Dr. Christopher Daase Stv. Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Baseler Straße 27–31, 60329 Frankfurt

www.hsfk.de

IFSH Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

Prof. Dr. Ursula Schröder Wissenschaftliche Direktorin

Beim Schlump 83, 20144 Hamburg

www.ifsh.de

INEF Institut für Entwicklung und Frieden

Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Tobias Debiel Direktor

Lotharstraße 52, 47057 Duisburg

www.inef.de

Redaktionsleitung

Dr. Claudia Baumgart-Ochse, HSFK

Redaktionelle Beratung, visuelle Konzeption und Gestaltung

Diesseits – Kommunikationsdesign, Düsseldorf

Übersetzung Matthew Harris

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© **LIT VERLAG Dr. W. Hopf Berlin 2018**

Fresnostraße 2, 48159 Münster

Telefon +49 (0)251 62 03 20

lit@lit-verlag.de www.lit-verlag.de

Auslieferung Deutschland

LIT Verlag, Fresnostraße 2, 48159 Münster

Telefon +49 (0)251 62 03 222

vertrieb@lit-verlag.de

E-Books sind erhältlich unter www.litwebshop.de

ISBN 978-3-643-14023-4

Gefördert durch

